

Anton Pelinka

Sozialdemokratie und Antisemitismus

Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist der Versuch der Erklärung einer Widersprüchlichkeit, eines Antagonismus:

– Alle empirischen Befunde zeigen, daß es auch unter den Sozialdemokraten in Österreich antisemitische Einstellungen und antijüdische Vorurteile gibt. Zwar ist – bei der Analyse der antisemitischen Einstellungs- und Verhaltensmuster – von einem politischen Links-Rechts-Gefälle auszugehen; das heißt, unter den Sympathisanten der SPÖ finden sich weniger häufig antisemitische Vorurteile als unter den Sympathisanten von ÖVP und FPÖ. Dennoch: Die politische Präferenz für die Sozialdemokratie in Österreich und eine Feindseligkeit gegenüber Juden schließen einander keineswegs aus – auch Sozialdemokraten waren und sind in Österreich Repräsentanten antijüdischer Vorurteile.¹

– Die Sozialdemokratie repräsentiert die einzige durchgängige politische Tradition in Österreich, die – in ihrem theoretischen Selbstverständnis und in ihren theoretischen Ansprüchen – von Antisemitismus vollständig frei ist. Anders als das christlich-konservative und erst recht anders als das deutschnationale

Lager hat das sozialistische Lager immer Grundsätze formuliert, die nicht nur von Antisemitismus frei waren, die vielmehr auch – geprägt von Internationalität – im Prinzip keinen Platz für Antisemitismus gelassen haben.²

Zur Erklärung dieser Widersprüchlichkeit werden einige Thesen formuliert und diskutiert, die dieses dialektische Sowohl-als-auch erklären sollen: Wie kommt es zu dieser kognitiven Dissonanz zwischen Praxis und Theorie, messbarer (und beobachtbarer) Wirklichkeit und ebenso belegbaren (nachles- und nachvollziehbaren) Ansprüchen?

Alle im folgenden formulierten Thesen gehen von der generellen Feststellung einer mangelnden Sensibilität der Sozialdemokratie für das Problem des Antisemitismus aus – einem Defizit, das zwar nicht für alle Phasen sozialdemokratischer Geschichte und auch nicht für alle innerparteilichen Strömungen und Positionen gilt, sich aber dennoch durch die mehr als hundertjährige Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zieht.

These 1: Das sozialdemokratische Defizit an Sensibilität für Antisemitismus

ist auch in der marxistischen Sichtweise von Gesellschaft und Politik begründet, die für die österreichische Sozialdemokratie – jedenfalls für ihre austromarxistische Phase – bestimmend war. Gesellschaftliche Konflikte wurden im wesentlichen auf Klassenkonflikte zurückgeführt. Der Gegensatz zwischen den Klassen, die durch ihre Stellung im Produktionsprozeß und zu den Produktionsmitteln definiert wurden, war für diese marxistische Sichtweise entscheidend. Andere Widersprüche, andere Gegensätze wurden letztendlich zu ‚Nebenwidersprüchen‘, die sich – nach Lösung der Klassenfrage in einer revolutionär zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft – gleichsam von selbst auflösen würden. Das galt für den Gegensatz zwischen den Geschlechtern ebenso wie für ethnische und religiöse Gegensätze.

These 2: Die sozialdemokratische Einstellung zum Antisemitismus war auch geprägt vom Selbstverständnis der Partei als Arbeiter- und Klassenpartei. Sie wurde im antagonistischen Gegensatz zur Bourgeoisie und ihren politischen Organisationen gesehen – der politische Konflikt war letztendlich ein sozioökonomischer, in dem Differenzierungen im Sinne einer prinzipiellen Unterscheidung zwischen verschiedenen ‚bürgerlichen‘ Gruppierungen sekundär waren. Der Antisemitismus war ein Nebenphänomen des Klassenkampfes – zwischen einem sich des Antisemitismus bedienenden Bürgertum und einem vom Antisemitismus weniger erfaßten oder auch freien Bürgertum wurde nicht prinzipiell unterschieden.

Damit ist auch die relative Gleichgültigkeit der Sozialdemokratie gegenüber der Demokratiefrage verbunden – jedenfalls bis 1945 war die wesentliche theoretische Frage für die Sozialdemokratie nicht die nach Demokratie oder Diktatur, sondern die nach Sozialismus oder Kapitalismus. Ein die Demokratie und die Menschenrechte prinzipiell garantierendes kapitalistisches System wurde nicht von jenen kapitalistischen Systemen unterschieden, die diese Qualitäten nicht aufwiesen.

These 3: Die Einstellung der Sozialdemokratie zum Antisemitismus war auch geprägt von der Neigung vieler Sozialisten jüdischer Herkunft, sich ihrer antisemitischen Umwelt im Übermaß anzupassen. Das galt schon in erheblichem Ausmaß für Karl Marx, der antisemitische Stereotypen übernommen und internalisiert hatte.³ Für die österreichische Sozialdemokratie äußerte sich diese Neigung zur Überanpassung in der gelegentlichen Übernahme antijüdischer Feindbilder, wenn sich diese antikapitalistisch gaben. In der sozialdemokratischen Propaganda der Ersten Republik findet sich gelegentlich das Klischee vom kapitalistischen Ausbeuter mit ‚typisch jüdischen‘ Merkmalen. In der Zweiten Republik ist die Übernahme antizionistischer Rhetorik – insbesondere bei Bruno Kreisky – zu bemerken.⁴

These 4: Das Defizit an sozialdemokratischer Sensibilität wurde noch zusätzlich durch ein bestimmtes Verständnis von Faschismus gefördert – durch eine spezifische Faschismustheorie. Da Faschismus und Nationalsozia-

lismus im Lichte des in der Sozialdemokratie herrschenden Erklärungsansatzes primär Krisensymptome des Kapitalismus waren, wurde zwischen verschiedenen Varianten der als faschistisch eingestuften Systeme und Bewegungen nicht prinzipiell differenziert. Deshalb galt (und gilt) vielen in der Sozialdemokratie der autoritäre Ständestaat als im Prinzip ebenso faschistisch wie der Nationalsozialismus. Dabei muß das wohl wichtigste Differenzierungsmerkmal zwischen diesen beiden antidemokratischen Systemen, nämlich der offene, biologisch begründete, die Juden von vornherein entrechtende Antisemitismus – wie er sowohl der Theorie als auch der Praxis des Nationalsozialismus entsprach – als Kriterium zu kurz kommen. Diese Neigung drückte bereits das Aktionsprogramm der SPÖ von 1947 aus, das von der „Eingliederung der früheren Mitläufer der beiden faschistischen Parteien“ sprach⁵ – auf diese Weise die Vaterländische Front und die NSDAP auf dieselbe Stufe stellend.

These 5: Die Einstellung der SPÖ zum Antisemitismus ab 1945 erklärt sich auch aus dem besonderen Bedarf der Sozialdemokratie, Experten für administrative Posten zu rekrutieren – und zwar auch solche, die als ehemalige Nationalsozialisten politisch ‚heimatlos‘ waren. Anders als bis 1934 war die Sozialdemokratie in der Zweiten Republik durch ihre permanente Regierungsrolle auch auf Bundesebene geprägt.⁶ Deshalb hatte sie zahlreiche Positionen in Justiz, Verwaltung und Industrie zu besetzen. Als Arbeiterpartei mangelte es

der SPÖ jedoch an entsprechend ausgebildeten Personen. Überdies hatte die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus dazu geführt, daß das für die Sozialdemokratie historisch so wichtige intellektuelle Judentum kaum noch eine politische Rolle zu spielen vermochte. Deshalb war die SPÖ versucht, systematisch und in großem Stil ‚Ehemalige‘ zu rekrutieren – und eben deshalb die prinzipielle Distanz zum Nationalsozialismus zu relativieren. Dazu zählte auch und vor allem die Neigung zur Relativierung des Antisemitismus.

These 6: Die Vertreibung und Ermordung der politisch der Sozialdemokratie verbundenen jüdischen Intelligenz bedeutete auch den Wegfall einer innerparteilichen Schamswelle. Schon vor 1938 wurden gelegentlich innerparteiliche Konflikte mit antisemitischen Untertönen ausgetragen – so etwa die Wortmeldung des Tiroler Delegierten Abram am Parteitag von 1917, als Abram Karl Renner gegenüber innerparteilicher Kritik mit eindeutig antisemitischen Bemerkungen in Schutz zu nehmen versuchte.⁷ 1945 und danach äußerte sich dieser latente innerparteiliche Antisemitismus in der so geringen Neigung des Parteivorstandes (wie auch der sozialistischen Mitglieder der Provisorischen Staatsregierung und dann der Bundesregierung), die vertriebenen – größtenteils jüdischen – Sozialdemokraten zurückzuholen.⁸

These 7: Bei den Integrationsversuchen der SPÖ in den ersten Jahren der Zweiten Republik kam auch dem – offiziell bedeutungslos gewordenen – An-

tiklerikalismus als soziale Milieukomponente eine gewisse Bedeutung zu. Die NSDAP hatte ganz gezielt begabte (und ‚arische‘) Menschen proletarischer Herkunft gefördert – und diese Förderung (mit Ausnahme der Beschränkung auf ‚arische‘ Begabte) entsprach grundsätzlich der 1945 wieder aufgenommenen Tradition der Sozialdemokratie. Vor allem außerhalb des großstädtischen Bereiches stieß diese Politik jedoch auf das im ländlichen Raum traditionell herrschende Muster von Begabtenförderung – das von der katholischen Kirche installierte, dem christlich-konservativen Lager zuarbeitende Rekrutierungsmuster. Für Nicht-Katholiken, vor allem im ländlichen Raum, war zwischen 1938 und 1945 der Nationalsozialismus die einzig erkennbare Möglichkeit zum sozialen Aufstieg – ab 1945 kam eben diese Rolle der SPÖ zu. Es war deshalb nicht das Ergebnis einer bewußten personellen Weichenstellung, als 1970 Kreisky insgesamt fünf ehemalige Nationalsozialisten als Bundesminister in die erste sozialistische Alleinregierung berief⁹, sondern die indirekte Konsequenz der vor allem einige Bundesländer (Kärnten, Steiermark) erfassenden Integrations- und Förderungspolitik der Sozialdemokratie. Im Zuge dieser Politik, die ja in bestimmter Hinsicht die Politik des Nationalsozialismus fortsetzte, wäre die besondere Betonung des Antisemitismus als ein den Nationalsozialismus besonders disqualifizierendes Merkmal wohl nur hinderlich gewesen.

Der Befund: Vor dem Holocaust

Die Anfänge des ‚politischen‘ Antisemitismus waren für die österreichische Sozialdemokratie von wesentlicher Bedeutung. Die Übernahme ‚rassenantisemitischer‘ Positionen durch den österreichischen Deutschnationalismus, vor allem durch Georg von Schönerer, zerstörte die zur Zeit des Linzer Programms, 1881, noch vorhandene liberale Gemeinsamkeit zwischen bürgerlichen Reformern jüdischer Herkunft (z. B. Viktor Adler) und den Kräften, die statt Liberalismus nun Antisemitismus und Pangermanismus in den Mittelpunkt ihrer politischen Agitation rückten. Da die ebenfalls zu dieser Zeit in Entstehung begriffene christlich-soziale Massenbewegung, das christlich-konservative Lager, auch von antisemitischen Einstellungen geprägt war, wurden die liberal-bürgerlichen Intellektuellen jüdischer Herkunft geradezu zur Arbeiterbewegung gedrängt. Ohne Antisemitismus als prägendes Phänomen sowohl für das deutschnationale, als auch für das christlich-konservative Lager wäre es nicht zur Integration des für die weitere sozialdemokratische Entwicklung in Österreich so wesentlichen jüdisch-intellektuellen Elements in die sozialistische Arbeiterbewegung gekommen.¹⁰

Trotz dieser für die sozialistische Arbeiterbewegung so entscheidenden Prägung war Antisemitismus eigentlich kein besonderes Thema für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs. Die antikapitalistische Rhetorik des An-

tisemitismus brachte Sozialdemokraten sogar dazu, im Antisemitismus eine Art positiv zu bewertende Zwischenstufe auf dem Weg zu einer antikapitalistischen Bewußtseinsbildung zu sehen: Der Antisemitismus, obwohl reaktionär, sei – gegen seinen Willen – Instrument zur Stärkung antikapitalistischer Tendenzen. Der Zorn, den die Antisemiten auf die jüdischen Kapitalisten lenkten, würde – nach einer Phase der Erfahrung und Aufklärung – sich gegen die Kapitalisten schlechthin, also gegen den Kapitalismus wenden. Die Antisemiten, bemerkte Viktor Adler in diesem Zusammenhang, betrieben so die „Geschäfte der Sozialdemokratie“.¹¹

Hier ist der Mangel an Sensibilität schon überdeutlich: Fixiert auf den Hauptwiderspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, neigte die Sozialdemokratie dazu, auch im antikapitalistisch argumentierenden Antisemitismus ein letztendlich brauchbares Instrument zu sehen. Der Antisemitismus Luegerscher und Schönererscher Prägung galt der Sozialdemokratie als ein längerfristig ihr zugute kommendes Vehikel: Sobald die von der antisemitischen Propaganda Erfassten erkennen mußten, daß der Antisemitismus zwar antikapitalistische Gefühle provozierte, aber auch gleichzeitig vom eigentlichen Gegner ablenkte, schien der Weg frei für die Arbeiterbewegung. In einer Art Arbeitsteilung kam dem Antisemitismus die Aufgabe zu, antikapitalistische Sentiments mittels antisemitischer Vorurteile zu schaffen – die sozialdemokratische Aufklärungs- und Bildungsarbeit

würde dann schon den Unsinn des Antisemitismus beseitigen, den Antikapitalismus von seiner antisemitischen Motivation befreien können.

Antisemitismus als „Sozialismus der dummen Kerls“¹² – dieses oft gebrauchte Wort charakterisiert die an den Anfängen der Sozialdemokratie stehende Einstellung: Antisemitismus ist dumm, aber unter Umständen nützlich. Antisemitismus ist jedenfalls kein zentrales Ärgernis, mit dem sich die internationalistische Sozialdemokratie primär zu befassen hätte. Der Antisemitismus würde gleichsam von selbst verschwinden, sobald die Klassenfrage einer sozialistischen Lösung zugeführt wäre.

Die Sozialdemokratie begann auch, geprägt von diesem Mangel an Sensibilität gegenüber dem Antisemitismus, gewisse Konzessionen an den herrschenden Antisemitismus zu machen. Die relativ große Zahl führender Sozialdemokraten jüdischer Herkunft wurde als mögliche Bedrohung für die Partei gesehen – sie sollte nur ja den Eindruck vermeiden, eine ‚Judenschutztruppe‘ zu sein.¹³ Und gegen den Antisemitismus der ‚bürgerlichen‘ Gegner – vor allem den Luegers – wurde nicht so sehr der prinzipielle Unrechtsgehalt der Feindschaft gegen Menschen aus Gründen der Abstammung und (oder) des religiösen Bekenntnisses angeführt, als der (angeblich) ‚inkonsequente‘ Antisemitismus der bürgerlichen Parteien. Gerade Lueger bliebe beim Wortantisemitismus stehen und würde vor dem Tatantisemitismus zurückschrecken – eben weil jede

konsequente Umsetzung der antisemitischen Programmatik in politisches Handeln den eigentlichen bürgerlichen Interessen der Christlichsozialen widersprochen hätte.¹⁴

Diesen Mangel an Sensibilität bekamen vor allem jüdisch-nationale Gruppierungen zu spüren: Die Forderungen des Brünner Programms von 1899, allen Nationen oder nationalen Gruppen Österreichs kulturelle nationale Autonomie zuzuerkennen, wurden ausdrücklich nicht auf die österreichischen Juden bezogen. Nach Auffassung der österreichischen Sozialdemokratie war eben Jüdisch-Sein nicht Bestandteil einer spezifischen Identität, vergleichbar mit der nationalen Identität von Deutschen oder Tschechen oder Polen, sondern ein zum Aussterben verurteiltes Merkmal einer bald überholten Gesellschaftsordnung. Jüdischen Gruppierungen, die sich sowohl als sozialistisch als auch als jüdisch-national verstanden (Poale-Zion), hielt Otto Bauer 1907 entgegen: „Historisch betrachtet, ist auch das Erwachen der Ostjuden zu neuem Kulturleben nichts als ein Vorläufer der schließlichen Assimilierung.“¹⁵

Daß auch und vor allem Sozialdemokraten jüdischer Herkunft wie Viktor Adler und Otto Bauer jede Betonung einer eigenen jüdischen Identität scharf zurückwiesen und auf dem Ziel einer vollständigen Assimilierung, also einer Auflösung des Judentums in seinem gesellschaftlichen Umfeld bestanden, ist ein Indikator für den stark ausgeprägten Wunsch von Menschen, ihre von der Umgebung angefeindete jüdi-

sche Identität zur Gänze aufgeben zu dürfen – und nicht etwa, dieser antisemitischen Umgebung offensiv und direkt den Antisemitismus zu nehmen.

Genau genommen gab es für die Sozialdemokraten in diesen Jahren und Jahrzehnten der ausklingenden Monarchie und auch der Ersten Republik kein wirkliches Antisemitismus-Problem: Die antisemitischen Massen würden bald erkennen, daß ihre antikapitalistischen Energien irregeleitet und manipuliert worden wären; und die Juden würden ebenfalls bald aufhören, Juden zu sein – im Zuge des für unausweichlich gehaltenen Assimilationsprozesses würde die jüdische Identität gleichsam wegrationalisiert, würden aus Juden eben Deutsche oder Polen oder Ungarn oder Tschechen.

Eben deshalb war die Sozialdemokratie, obwohl – im Sinne ihrer internationalen Traditionen – offiziell, programmatisch, frei von jedem Antisemitismus, auch relativ gleichgültig gegenüber antisemitischen Ausfällen in den eigenen Reihen. Es ist wohl kein Zufall, daß die Verletzung der eigenen internationalistischen Traditionen im Zuge der Kriegsbegeisterung, die auch weite Teile der Sozialdemokratie vor allem in der Anfangsphase des 1. Weltkriegs erfaßt hatte, auch antisemitischen Vorurteilen innerhalb der Sozialdemokratie zum Ausbruch verhalf – so etwa Engelbert Pernerstorfers Polemik gegen „kosmopolitische jüdische Intellektuelle“.¹⁶

Republik und Demokratie änderten nichts wesentliches an der Einstellung der Sozialdemokratie. Einerseits war

sie Opfer des herrschenden Antisemitismus. Nicht nur die ab 1930 rasch wachsende NSDAP, sondern auch die Christlichsozialen und die regierenden Parteien des (zunächst noch demokratisch) regierenden Bürgerblocks nutzten in ihrer Polemik gegen die Sozialdemokratie antisemitische Vorurteile; die Partei wurde als „verjudet“ hingestellt, und auf dem Weg zur Diktatur waren der Regierung Dollfuß unterschwellige antisemitische Ressentiments gegen die Sozialdemokratie nur recht.¹⁷ Andererseits war die Sozialdemokratie gegenüber dieser bewußten Verwendung des Antisemitismus eigenartig passiv – sie scheute letztendlich immer wieder davor zurück, den Antisemitismus als ein Problem eigener Art offensiv anzugehen.

Eben das warf Karl Kraus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vor: In seinen Arbeiten zur *Dritten Walpurgisnacht*, die er in der *Fackel* in wesentlichen Teilen veröffentlichte, zeigte er auf, was alles die Sozialdemokratie vom Tatantisemitismus der an die Macht gekommenen NSDAP im deutschen Reich wußte, und wie wenig sie mit einer spezifischen antinazistischen Politik darauf reagierte. Die Sozialdemokratie war, sicherlich auch provoziert vom antidemokratischen Kurs Dollfuß', letztendlich Gefangene ihres marxistischen Ansatzes und der daraus abgeleiteten Faschismustheorie: Faschismus, das war die schärfste und aggressivste Form des in die Krise geratenen und seinem Ende entgegentreibenden Kapitalismus; zwischen Faschismen gab es kei-

nen prinzipiellen Unterschied; Dollfuß und Hitler waren daher grundsätzlich im selben Maße Gegner. Der ganz offen zur Tat schreitende Antisemitismus des ab dem 30. Jänner 1933 im Deutschen Reich herrschenden Systems war daher kein brauchbares Differenzierungskriterium.

Freilich, hinter dieser Politik des Verzichtes auf Differenzierung zwischen politischen Gegnern verbarg sich die Neigung vieler Sozialdemokraten, im Kampf gegen die konkret in Österreich herrschende Diktatur notfalls auch die Unterstützung der Nationalsozialisten zu akzeptieren. Wenn diese Haltung auch niemals einer offiziellen Priorität der Revolutionären Sozialisten oder der sozialdemokratischen Exilorganisation entsprach – an der ‚Basis‘ fand diese Haltung durchaus Entsprechungen. Die Flucht Bernascheks, des Heroen des 12. Februar 1934, nach Deutschland – eine Flucht, die mit Hilfe der illegalen Nationalsozialisten zustande gekommen war – demonstriert, wie tragisch dieser Aspekt war: Anders als andere zu den Nationalsozialisten übergelaufene Sozialdemokraten war Bernaschek kein ‚Verräter‘ an den Prinzipien der Sozialdemokratie. Allein sein weiteres Schicksal, das letztendlich in der Mordmaschinerie des Nationalsozialismus endete, bezeugt dies.¹⁸ Aber auch dem revolutionär gesinnten Sozialisten Bernaschek war es möglich – sicherlich auch ermöglicht durch die antidemokratische Politik des autoritären Ständestaates –, nötigenfalls die Hilfe der Nationalsozialisten zu akzeptieren.

Die einer anderen Priorität folgenden Beschlüsse der Revolutionären Sozialisten vom 10. März 1938 widersprechen dieser Neigung nur teilweise: Das Verhalten der prominenten nicht-jüdischen Sozialdemokraten – an der Spitze Karl Renner – nach dem ‚Anschluß‘ zeigte die Ambivalenz der Sozialdemokratie. Vor allem aber wurde dadurch demonstriert, wie wenig die offene Verfolgung der Juden als prinzipielles, den Nationalsozialismus von anderen Faschismen unterscheidendes Problem eingeschätzt wurde.

Der Befund: Nach dem Holocaust

Die österreichische Sozialdemokratie war als Organisation in den Jahren nach 1934 und erst recht ab 1938 einerseits im Exil, und andererseits im Untergrund. Doch während in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sowohl die Kommunisten als auch konservative Gruppierungen – insbesondere Monarchisten – kollektiv und individuell große Opfer im Kampf gegen den Nationalsozialismus erbrachten, blieb der Anteil der Sozialdemokraten am antinazistischen Widerstand, gemessen an der Größe der Organisation des sozialistischen Lagers, bis 1934 und wiederum ab 1945 vergleichsweise bescheiden.¹⁹ Dennoch: Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 wurde von der nun neu formierten Sozialistischen Partei Österreichs, repräsentiert von Karl Renner und Adolf Schärf, als einer aus dem

Widerstand heraus wiedererstandenen Partei unterzeichnet.

Renner und Schärf standen, gemeinsam mit Oskar Helmer, nicht nur für den (gemessen an den theoretischen Standards der Ersten Republik) ‚rechten‘ Parteiflügel. Sie repräsentierten auch eine Sozialdemokratie ohne Juden. Otto Bauer war im Exil gestorben, Friedrich Adler weigerte sich zurückzukehren; der neue österreichische Patriotismus, auf den die SPÖ sich nun mehr oder minder festgelegt hatte, war Adler nur ein opportunistisches Anpassen an eine weltpolitische Konstellation, in der es kurzfristig von Vorteil war, sich vom Deutschtum zu distanzieren. Otto Leichter kehrte nur zurück, um bald wieder zu emigrieren; er fühlte sich nicht wirklich willkommen. Julius Deutsch kam und blieb, doch die Partei hatte für den führenden Militärexperthen der Ersten Republik und früheren General der Spanischen Republik keine besondere Verwendung. Josef Hindels kehrte aus Schweden heim, doch Schärf und Helmer legten ihm nahe, wieder ins Exil zu gehen; ein Vorschlag, den Hindels nicht befolgte.²⁰

Von den bekannteren sozialdemokratischen und (oder) revolutionärsozialistischen Aktivisten, die auch wegen ihrer jüdischen Herkunft die Jahre des Nationalsozialismus im Exil verbringen mußten, kehrte nur Oscar Polak zurück und erhielt seine alte Funktion als Chefredakteur der *Arbeiter Zeitung*. Bruno Kreisky, ein zweiter prominenter Remigrant, war Vertreter einer jüngeren Generation. Er war allein

schon aus Altersgründen kein Konkurrent für die Führungsgruppe Renner-Schärf-Helmer. Ob die so zögernde Politik der SPÖ-Spitze gegenüber dem sozialdemokratischen, jüdischen Exil etwas mit Antisemitismus zu tun hatte, muß offen bleiben. Als Konzessionen an einen vorhandenen Antisemitismus ist dieses Verhalten der Partei jedoch durchaus vorstellbar²¹ – wie sich aus dem Verhalten Renners und der anderen sozialistischen Regierungsvertreter ergibt.

Die Abwehr einer Rückkehr vertriebener Juden mit dem Argument, durch eine solche Heimkehr würde eine antisemitische Einstellung in Österreich provoziert, drückt sich in einer Formulierung Renners vom Februar 1946 aus: „1945 ist der endgültige und völlige Untergang des alten österreichisch-ungarischen Reichs. Mit ihm ist auch die Grundlage des jüdischen Handels verschwunden. Die meisten Juden sind vernichtet und ihr Eigentum in ganz Osteuropa als Deutsches Eigentum beschlagnahmt worden. Unter russischem Einfluß werden nun verstaatlichte Volkswirtschaften aufgebaut, die jüdischen Familienfirmen keinen Platz einräumen werden. Und selbst wenn es Platz gäbe, (...) glaube ich nicht, daß Österreich in seiner jetzigen Stimmung Juden noch einmal erlauben würde, diese Familienmonopole aufzubauen. Sicherlich würden wir es nicht zulassen, daß eine neue jüdische Gemeinde aus Osteuropa hierher käme und sich hier etablierte, während unsere eigenen Leute Arbeit brauchen.“²²

In dieser Formulierung ist in geradezu

naiver Deutlichkeit eine für die österreichische Sozialdemokratie sehr wesentliche, sehr repräsentative Einstellung zum Antisemitismus ausgedrückt: Antisemitismus ist für Renner ein von Juden provoziertes Phänomen; Antisemitismus ist eine ‚Stimmung‘, die nur dann relevant ist, wenn Juden („eine neue jüdische Gemeinde“) „unsere eigenen Leute“ stören. Renner, persönlich frei von antijüdischen Vorurteilen, aber ebenso unsensibel für Antisemitismus²³, gibt somit letztendlich den Juden die Schuld am Antisemitismus. Und das weniger als ein Jahr nach der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschen Reiches; und das zu einer Zeit, als der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher das gesamte Ausmaß nationalsozialistischer Verbrechen am europäischen Judentum allen, die es wissen wollten, verdeutlichte.

Und noch etwas ist bei Renner, repräsentativ für die Sozialdemokratie, sehr klar: Das Judentum gilt als Erscheinung einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe. Wird durch einen gesellschaftlichen Wandel dem Judentum (dem „jüdischen Handel“) die ökonomische Grundlage entzogen, wird den „jüdischen Familienfirmen“ kein Platz mehr eingeräumt, dann ist das Judentum gleichsam historisch überflüssig – es kann aufgelöst werden; entweder, und das würde der sozialdemokratischen Perspektive entsprechen, durch restlose Assimilation, oder aber, und das war das konsequente Handeln des Nationalsozialismus, durch physi-

sche Vernichtung. Es war der Sozialdemokrat Renner, der diese Parallelität der erwarteten Lösungen aufzeigte. Bei ihm erhielt die (ihn persönlich wie auch die Sozialdemokratie natürlich in jeder nur erdenkbaren Weise erschreckenden) physische Vernichtung des Judentums eine Art historischen Sinn: durch eine von ihm und der Sozialdemokratie in keiner Weise gewünschte ‚Endlösung‘ hatte sich tatsächlich jede ‚jüdische Frage‘ gelöst.

Die von Robert Knight edierten Ministerratsprotokolle demonstrieren, daß die SPÖ in der Provisorischen Staatsregierung und in der Bundesregierung grundsätzlich dieselbe Politik gegenüber jüdischen Rückkehr- und Rückstellungswünschen vertrat wie die ÖVP. Vor allem die Rückstellung der 1938 und 1939 den Juden gewaltsam entzogenen Vermögen wurde auch von der SPÖ als eine Art taktische Problematik gesehen, als notwendiges Eingehen auf die Interessen der Alliierten, insbesondere der USA; und nicht als eine prinzipielle Frage der Wiedergutmachung eines Unrechts an Österreichern.

Oskar Helmer war der Vertreter dieser taktischen Einstellung. Bald stellte er im Ministerrat zufrieden fest: „Wir haben jetzt im Ausland in der jüdischen Presse eine gute Stimmung (...)“.²⁴ Bald sah er die öffentliche Meinung im Westen umschwenken: „Wir leben nicht mehr im Jahre 1945. Die Engländer bekämpfen jetzt die Juden; die Amerikaner haben auch ihre Verpflichtungen nicht eingehalten. Schon die Grausamkeiten der Juden im Palästina-Krieg

haben ihr Echo gefunden.“²⁵ Dieser taktischen und ‚pragmatischen‘ Haltung entsprach auch die Neigung, jüdische Opfer mit ‚Opfern‘ aufzuwiegen, die Nationalsozialisten auferlegt worden waren. Helmer am 9. November 1948 im Ministerrat: „Ich sehe überall nur jüdische Ausbreitung wie bei der Ärzteschaft, beim Handel vor allem in Wien (...) Auch den Nazis ist im Jahre 1945 alles weggenommen worden und wir sehen jetzt Verhältnisse, daß sogar der nat. soz. Akademiker auf dem Oberbau arbeiten muß.“²⁶

Diese Relativierung nationalsozialistischer Vernichtungspolitik, die sogar eine Aufrechnung mit den 1945 und danach gegen Nationalsozialisten getroffenen Maßnahmen miteinschloß, bildete die geistige Grundlage für die im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1949 einsetzende Politik der SPÖ: Im Wettbewerb um die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten setzte die SPÖ, vor allem Helmer, auf die Förderung der Gründung und Etablierung einer eigenständigen Partei in der Tradition des ‚dritten‘, des deutschnationalen Lagers.²⁷ Von dieser Politik führt eine konsistente Linie zur Förderung der FPÖ in der Ära Kreisky und schließlich zur ‚Kleinen Koalition‘ von SPÖ und FPÖ in den Jahren 1983 bis 1986.

Die Ära der ersten ‚Großen Koalition‘ war, für die SPÖ, vor allem durch die Politik Renners, Schärfs und Helmers bestimmt. In der darauffolgenden Ära der Alleinregierungen von 1966 bis 1983 repräsentierten vor allem Bruno Kreisky und Christian Broda die Hal-

tung der österreichischen Sozialdemokratie zum Antisemitismus. Und gerade diese Ära bringt die Widersprüche der Sozialdemokratie auf die Spitze: Einerseits verstärkte die SPÖ auf vielen Ebenen in der sozialdemokratischen Tradition von Erziehung und Aufklärung eine an Menschenrechten und Demokratie orientierte Bildungspolitik; zusätzlich wurden verstärkt auch strafrechtliche Maßnahmen formuliert, die diese Tendenz noch unterstreichen sollten. Strafdrohungen gegen Verhetzung wurden in das 1973 beschlossene, von der SPÖ als besondere Reformmaßnahme vertretene neue Strafgesetz aufgenommen. Andererseits aber war die ab 1970 allein regierende SPÖ auch politisch voll für die systematische Einstellung aller gegen nationalsozialistische Kriegsverbrecher gerichteten Maßnahmen verantwortlich – Verbrechen, in deren Mittelpunkt jeweils die aktive Teilnahme am systematischen Judenmord stand.²⁸

Die von Christian Broda zu verantwortende Politik der systematischen Einstellung von Kriegsverbrecherprozessen muß auch im Zusammenhang mit der gerade im Justizressort von der SPÖ betriebenen Politik der Karriereförderung ehemaliger Nationalsozialisten gesehen werden. Das fast durchwegs von sozialistischen Bundesministern geführte Bundesministerium für Justiz ermöglichte zahlreichen ehemaligen Nationalsozialisten den Aufstieg zu Spitzenpositionen im Bereich der Justizverwaltung und der Gerichtsbarkeit. Unter den so Geförderten waren auch Juristen, die während der nationalso-

zialistischen Herrschaft Todesurteile in politischen Prozessen zu verantworten hatten.²⁹

Diese Widersprüchlichkeit kam auch in der Ernennung ehemaliger Nationalsozialisten zu Mitgliedern der sozialistischen Bundesregierung, insbesondere aber in der Auseinandersetzung zwischen Bruno Kreisky und Simon Wiesenthal zum Ausdruck. Kreisky stellte sich nicht nur voll vor Friedrich Peter – immerhin vor einen Offizier einer mit der Ermordung der (vor allem jüdischen) Zivilbevölkerung befaßten SS-Einheit, der freiwillig der SS beigetreten war. Er bediente sich auch in seiner Polemik gegen Wiesenthal bestimmter Klischees, die parallel zu den von offenen Antisemiten geäußerten Vorurteilen liefen.³⁰

Versuch eines Resümees

Die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie zum Antisemitismus ist durch eine Ambivalenz gekennzeichnet. Die Sozialdemokratie als Partei, als Lager, war grundsätzlich frei von Antisemitismus. Und die Sozialdemokratie bekämpfte auch den Antisemitismus – freilich, vor dem Holocaust nur im Rahmen ihrer auf den Klassenkampf ausgerichteten, marxistischen Sichtweise: der Antisemitismus wurde als Instrument der Ablenkung vom ‚Hauptwiderspruch‘ kritisiert, und nicht als Ärgernis, als moralisches Problem für sich. Die Sozialdemokratie nahm nicht die Juden als solche in Schutz, sondern polemisierte

sierte gegen die Antisemiten, die mit ihrem Antisemitismus nur vom Klassenkampf ablenken wollten.³¹ Erst in der Zweiten Republik konfrontierte die Sozialdemokratie den Antisemitismus per se, etwa in der Auseinandersetzung mit dem Historiker Taras Borodajkewycz, dem (später prominent gewordene) Sozialdemokraten wie Ferdinand Lacina und Heinz Fischer Antisemitismus als solchen – und nicht nur als Verschleierungsinstrument – vorhielten.³²

Diese Frontstellung gegen den Antisemitismus kontrastierte mit den verschiedensten Konzessionen an antisemitische Strömungen und Personen. Dabei muß freilich wiederum zwischen der Situation in der ausgehenden Monarchie und der Ersten Republik auf der einen, und der Situation in der Zweiten Republik auf der anderen Seite unterschieden werden. Vor der konkreten Erfahrung mit dem Holocaust war die Widersprüchlichkeit der sozialdemokratischen Positionen vor allem aus der ‚Innenorientierung‘ der Partei erklärbar, nach dem Holocaust durch ihre zunehmende ‚Außenorientierung‘:

– Unter ‚Innenorientierung‘ ist die Ausrichtung der Sozialdemokratie an einer theoretisch abgeleiteten, theoretisch formulierten Zielvorstellung zu verstehen. Die Sozialdemokratie war – jedenfalls bis 1934 – grundsätzlich von einem (austro)marxistischen Verständnis geprägt. Dieses, und nicht etwa taktisch-pragmatische Abwägungen mit Blickrichtung auf den nächsten Wahltermin, bestimmten in erster Linie die Politik der Partei.

– Unter ‚Außenorientierung‘ ist die Hinwendung zu einem Verständnis von Politik und Demokratie als (politischer) Markt zu verstehen. Die Sozialdemokratie paßte ihre theoretisch gewonnenen Erkenntnisse den auf dem politischen Markt vorhandenen und beobachtbaren Gegebenheiten an; sie wandelte sich von einer marxistischen Klassenpartei zu einer Volkspartei der linken Mitte.

Mit dieser Umorientierung ist auch die Änderung sozialdemokratischer Perspektiven von einer Politik der gesellschaftspolitischen Fundamentalopposition zu einer Politik der permanenten Regierungsbeteiligung verbunden.³³ Diese in den ersten Jahren der Zweiten Republik vollzogene, durch die Erfahrungen mit dem autoritären Ständestaat und dem Nationalsozialismus wesentlich beeinflusste Wende bedeutete auch eine Akzentverschiebung sozialdemokratischer Einstellungen zum Antisemitismus. In der Phase der (marxistischen) Innenorientierung prägte die Neigung zur Negation eines spezifischen antisemitischen Problems die Sozialdemokratie: Da Judentum, da jüdische Identität als bloße Übergangsphänomene eingestuft wurden (vor allem durch Sozialdemokraten jüdischer Herkunft), wurde auch der Antisemitismus als vorübergehendes Phänomen gesehen und tendenziell ignoriert. Antisemitismus war eine Waffe in den Händen des Klassenfeindes – und nicht ein Übel per se. In der Phase der (postmarxistischen) Außenorientierung trat immer stärker eine Politik des Abwägens in den

Vordergrund: Um Wahlen zu gewinnen, machte die SPÖ immer wieder Konzessionen an ehemalige Nationalsozialisten, und damit auch an deren Bewußtsein. Die politische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus stand daher in einem ständigen Spannungsverhältnis mit den Konsequenzen einer Außenorientierung, die gegebene Verhältnisse zunächst zu akzeptieren geneigt war, auch wenn diese Verhältnisse antisemitische Einstellungen beinhalteten.

Die konkrete Erfahrung des Massenmordes an Juden hatte die – theoretische – Gleichgültigkeit der Sozialdemokratie gegenüber dem Judentum per se und damit gegenüber der Judenfeindschaft per se beseitigt. Die Repräsentanten der SPÖ, die eine solche Gleichgültigkeit auch nach 1945 noch zum Ausdruck brachten, waren Vertreter einer vor 1934 geprägten Generation. Die Sozialdemokratie hörte nach 1945 auf, völlig unsensibel gegenüber dem Antisemitismus zu sein. Die offensive Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus wurde vielmehr für Vertreter einer Post-Holocaust-Generation zum selbstverständlichen Bestandteil antifaschistischer Traditionen.

Dieser Wandel wurde freilich durch die geänderte Gesamtperspektive der SPÖ relativiert: Die offene Gegnerschaft zum Antisemitismus konnte – als theoretische Position – uneingeschränkt vertreten werden; sobald es jedoch, wie in der Auseinandersetzung um die Vergangenheit Friedrich Peters, konkret wurde, war die ‚anti-antisemitische‘ Haltung der SPÖ mehr oder weniger paralyisiert.

Dann bot sogar ein gewisses Verständnis von Antifaschismus Fluchtmöglichkeiten: Aus einer Auseinandersetzung mit konkreten Problemstellungen des nationalsozialistischen Massenmordes an Juden, mit der konkreten Beteiligung bestimmter Personen an diesen Morden, konnte – unter Nutzung eines (simplifizierten) Verständnisses von Faschismus – ohne besondere Schwierigkeiten eine Auseinandersetzung mit dem ‚Austrofaschismus‘ und damit mit der ÖVP gemacht werden. Wenn der Wortführer dieses antifaschistischen Themenwechsels Bruno Kreisky war, dann schien diese Politik der Flucht aus einem konkreten Thema auch noch besonders immunisiert zu sein. Mit dem (direkt angesprochenen oder indirekt angedeuteten) Hinweis auf Kreiskys jüdische Herkunft konnte – scheinbar – jede Kritik abgewehrt werden.³⁴

Die Politik der Widersprüchlichkeit und Ambivalenz war auch für die SPÖ in ihrem Verhalten in der Affäre Waldheim eine Belastung. Die Bilanz der hundertjährigen Sozialdemokratie war eben in Sachen Antisemitismus nicht so eindeutig, wie es einer geschlossenen Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Kritik gedient hätte. Die aus der Theorie begründete Unsensibilität der Sozialdemokratie in ihren ersten Jahrzehnten hatte einer Widersprüchlichkeit zwischen (teilweise) hoher Sensibilität und (teilweise) hohen Opportunitätskosten Platz gemacht.

Die österreichische Sozialdemokratie ist eine – theoretisch – von Antisemitismus freie Partei in einer – fak-

tisch – nach wie vor antisemitischen Gesellschaft. Die SPÖ hat sich aus guten, nachvollziehbaren Gründen ab 1945 darauf festgelegt, diese Gesellschaft durch die Übernahme von Regierungsverantwortung wo immer auch möglich zu beeinflussen und zu steuern. Der dadurch einsetzende Prozeß einer Osmose beeinflusst die Gesellschaft im Sinne der Sozialdemokratie – und die Sozialdemokratie im Sinne einer zum Teil nach wie vor antisemitischen Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 John Bunzl u. Bernd Marin, *Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien*, Innsbruck 1983; Hilde Weiss, *Antisemitische Vorurteile in Österreich*, Wien 1984.
- 2 Klaus Berchtold, Hg., *Österreichische Parteiprogramme 1867-1966*, Wien 1967; Albert Kadan u. Anton Pelinka, *Die österreichischen Parteiprogramme. Dokumentation und Analyse*, St. Pölten 1979.
- 3 Arnold Kuenzli, *Karl Marx. Eine Psychographie*, Wien 1966.
- 4 Martin van Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Vergangenheit*, Graz 1977; Simon Wiesenthal, *Justice not Vengeance*, London 1989, 301.
- 5 Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme*, wie Anm. 2, 268–277.
- 6 Kurt Shell, *Jenseits der Klassen? Österreichs Sozialdemokratie seit 1934*, Wien 1969.
- 7 Anton Pelinka, *Karl Renner zur Einführung*, Hamburg 1989.
- 8 Karl R. Stadler, *Adolf Schärf. Mensch – Politiker – Staatsmann*, Wien 1982; Robert Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Die Wortprotokolle der

österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt am Main 1988.

- 9 Amerongen, *Kreisky*, wie Anm. 4; Wiesenthal, *Justice*, wie Anm. 4, 289–293.
- 10 Peter Pulzer, *The Rise of political anti-Semitism in Germany and Austria*, London 1988, 121–183.
- 11 Pulzer, *Rise*, wie Anm. 10, 261.
- 12 Pulzer, *Rise*, wie Anm. 10, 262.
- 13 John Bunzl, *Der lange Arm der Erinnerung. Jüdisches Bewußtsein heute*, Wien 1987, 40.
- 14 Vgl. Bunzl, *Erinnerung*, wie Anm. 13, 40.
- 15 Bunzl, *Erinnerung*, wie Anm. 13, 41.
- 16 Bunzl, *Erinnerung*, wie Anm. 13, 41; Leopold Spira, *Feindbild Jud'*, Wien 1981.
- 17 Anson Rabinbach, *The Crisis of Austrian Socialism. From Red Vienna to Civil War 1927–1934*, Chikago 1983, 184.
- 18 Karl R. Stadler u. Inez Kykal, *Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen*, Wien 1976.
- 19 Radomir Luža, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1982.
- 20 Josef Hindels, *Unveröffentlichte Memoiren. Das unveröffentlichte Manuskript liegt im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes. Ich verdanke diese Information Wolfgang Neugebauer.*
- 21 Stadler, *Adolf Schärf*, wie Anm. 8.
- 22 Knight, *Wortprotokolle*, wie Anm. 8, 60 f.
- 23 Pelinka, *Renner*, wie Anm. 7.
- 24 Knight, *Wortprotokolle*, wie Anm. 8, 176.
- 25 Knight, *Wortprotokolle*, wie Anm. 8, 197.
- 26 Knight, *Wortprotokolle*, wie Anm. 8, 197.
- 27 Max Riedlsperger, *The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independence Movement since 1945*, New York 1978.

- 28 Wiesenthal, Justice, wie Anm. 4, 283–288.
- 29 Wiesenthal, Justice, wie Anm. 4, 256–259.
- 30 Wiesenthal, Justice, wie Anm. 4, 294–304.
- 31 Jack Jacobs, Austrian Social Democracy, anti-Semitism, and the 'Jewish Question', unveröffentlichtes Manuskript. Ich verdanke dieses Manuskript Andreas Maislinger.
- 32 Heinz Fischer, Hg., Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz, Wien 1966.
- 33 Shell, Jenseits der Klassen, wie Anm. 6.
- 34 Amerongen, Kreisky, wie Anm. 4.